

# Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER UND DAS TRIERER LAND



## SICHER IM WALD UNTERWEGS

Madeline Muth kann mit der Motorsäge umgehen: eine Reportage. Seite 16

## AUF EIN NEUES

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen möchte für eine zweite Amtszeit kandidieren. Seite 5



## ÜBERBLICK

### Letztes Testspiel für die Eintracht

**TRIER** (red) Nach der 0:7-Schlappe im Testspiel gegen Steinbach versucht Eintracht Trier in die Spur zu kommen. Die Chance bietet sich am Samstag, 14 Uhr, auf dem Nebenplatz des Moselstadions gegen den TSV Schott Mainz.

Seite 17

### Fußball-Fans und ihr Investoren-Protest

**TRIER** (red) Viele Fußball-Fans sind über die Entscheidung, einem Investor den Weg in die Deutsche Fußball Liga (DFL) zu erlauben, erbost. Ein Interview mit dem Sprecher des Fanbündnisses „Unsere Kurve“, Thomas Kessen.

Seite 20

### Trier bekommt ein neues Musik-Festival

**TRIER** (red) Ein Festival feiert im April im Trierer Messegelände Premiere mit internationalen Acts – die Veranstalter versprechen ein „überregionales Ereignis“.

Seite 25

## ZITAT

„Ich habe viele Beziehungen damit verbracht, nicht wirklich zu sagen, was ich fühle, und sie gingen in die Brüche. Bei meinem Mann mache ich mir keine Sorgen, wenn ich mit ihm spreche, auch nicht über die schwierigen Dinge. Ich weiß, dass ich ihm sagen kann, was ich wirklich fühle.“

**Alicia Keys**  
Sängerin

## WETTER

7° Tiefsttemperatur der kommenden Nacht.  
10° 4°

Seite 32

## RUBRIKEN

GELD UND MARKT SEITE 6  
FERNSEHEN SEITE 39  
HÄGAR SEITE 22  
SUDOKU SEITE 22  
FREIZEIT SEITE 23  
FÜR KINDER SEITEN 22, 36

## KONTAKT

Anzeigen 06 51/71 99-999  
Abo 06 51/71 99-998  
Leserservice 06 51/71 99-0

kontakt@volksfreund.de  
Internet: www.volksfreund.de  
www.facebook.com/volksfreund  
www.instagram.com/trierischervolksfreund

Produktion dieser Seite:  
Heribert Waschbüsch

Einzelpreis 2,60 €, NR. 41



4 194971 202603 60107

## RUSSLAND

### Putin-Gegner Nawalny in der Haft gestorben

**MOSKAU** (dpa) Der führende russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny ist gestorben. Er war mehr als drei Jahre in Haft – zuletzt war er in ein Straflager hinter dem Polarkreis verlegt worden. 2020 hatte er nur knapp einen Giftanschlag überlebt. Die westliche Welt reagiert mit Entsetzen auf die Nachricht. Das Foto zeigt ihn bei einem Vortrag 2013 in Moskau. FOTO: DPA

Themen des Tages Seite 3



# Missbrauch: Drei Opfer wollen Bistum Trier verklagen

Dem Bistum Trier drohen mehrere Schmerzensgeldklagen von Missbrauchsoffern. Dabei geht es um viel Geld – und einen neuen Fall.

VON KATJA BERNARDY

**TRIER** Mehrere Trierer Anwälte bereiten nach Angaben des Vereins der Missbrauchsoffern und Betroffenen im Bistum Trier (Missbit) Schmerzensgeldklagen gegen das Bistum Trier vor. Den Weg zu klagen hat das Urteil im „Fall Menne“ geebnet.

Das Kölner Landgericht hatte einem Missbrauchsoffer im Juni vergangenen Jahres 300.000 Euro Schmerzensgeld zugesprochen. Das Gericht stellte eine Pflicht des Erzbistums zur sogenannten Amtshaftung fest. Damit hat erstmals ein Gericht in Deutschland einem Betroffenen von sexualisierter Gewalt in der Kirche einen Anspruch auf Schmerzensgeld zugestanden.

**Kölner Urteil bestärkt Trierer Opfer**  
Der Kläger war als Messdiener in

den 1970er-Jahren jahrelang von einem Priester sexuell missbraucht worden. Vom Erzbistum Köln hatte er nur 25.000 Euro in Anerkennung des Leids erhalten, eine freiwillige Zahlung der katholischen Kirche an Missbrauchsoffer. Das Kölner Urteil hat auch einen Mann aus dem Bistum Trier bestärkt, einen weiteren Schritt zu gehen: Der Anfang 60-Jährige wurde Ende der 1960er und Anfang der 1970er-Jahre in einer Pfarrei im Kreis Trier-Saarburg schwer von einem katholischen Pfarrer missbraucht. Bis heute leidet das von dem Trierer Rechtsanwalt Andreas Dymke vertretene Missbrauchsoffer unter den sexuellen Übergriffen.

Das Bistum Trier hat dem Mann bislang 30.000 Euro in Anerkennung des Leids gezahlt. Sein Anwalt fordert nun das Zehnfache, 300.000 Euro, und versucht, eine außergerichtliche Ei-

nigung mit dem Bistum zu erzielen. „Die Frist endet Ende des Monats“, sagt Jurist Dymke unserer Redaktion. Er und sein Mandant hoffen sehr auf eine Einigung. „Sollte keine außergerichtliche Einigung zustande kommen, dann wäre der nächste Schritt eine Klage“, sagt Dymke.

Laut Missbit-Sprecher Hermann Schell bereiten Anwälte zurzeit zwei weitere Schmerzensgeldklagen gegen das Bistum Trier vor. Es gehe dabei um mehrere Hunderttausend Euro. Weitere Details will die Trierer Opfervereinigung erst in der nächsten Woche bekanntgeben. Dabei soll es auch um die Unterstützung aus der Öffentlichkeit für die Betroffenen sexualisierter Gewalt im Bistum Trier gehen. Denn zu klagen sei für Betroffene eine psychische und auch eine finanzielle Herausforderung, so Missbit-Sprecher Schell. Für einige Betroffene sei

es finanziell nicht machbar zu klagen, da für sie aufgrund der aus dem Missbrauch entstandenen Erkrankungen nicht mehr arbeiten könnten. Auf Anfrage unserer Redaktion sagt Bistums-sprecherin Judith Rupp, das Bistum Trier rechne mit Schmerzensgeldklagen. Bis Mitte Februar seien allerdings noch keine Klagen eingegangen.

Seit 2010, dem Beginn des Missbrauchsskandals in Deutschland, hat das Bistum Trier über 2,1 Millionen Euro an finanziellen Leistungen zur Anerkennung des Leids gezahlt, fast 107.000 Euro an Therapiekosten. Hinzu kommen noch einmal 760.000 Euro an Leistungen in Anerkennung psychischer und physischer Missbrauchs im ehemaligen katholischen Internat Albertinum in Gerolstein sowie knapp 40.000 Euro an Aufarbeitungskosten.

Themen des Tages Seite 2

## Selenskyj und Scholz unterzeichnen Sicherheitspakt

**BERLIN** (dpa) Deutschland und die Ukraine haben eine bilaterale Sicherheitsvereinbarung beschlossen. Sie wurde am Freitag in Berlin von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet. Dies sei „ein historischer Schritt“, teilte Scholz auf X, ehemals Twitter mit. Deutschland werde „die Ukraine weiterhin gegen den russischen Angriffskrieg unterstützen“. Das Abkommen soll die Zeit überbrücken, bis die Ukraine Mitglied in der Nato wird. Eine Aufnahme in das Militärbündnis ist für das von Russland angegriffene Land bisher nicht in Sicht.

Themen des Tages Seite 7

## Moselmusikfestival: So soll der neue Intendant aussehen

**BERNKASTEL-KUES/TRIER** (ahe) Das Moselmusikfestival hat die Stelle des geschäftsführenden Intendanten zum Jahr 2026 ausgeschrieben. Darin zeichnet sich ab, welche wirtschaftlichen und künstlerischen Impulse man sich vom Nachfolger von Tobias Scharfenberger erhofft. Eine stärkere europäische Ausrichtung steht weit oben auf der Agenda der beteiligten Kommunen. Was der neue Chef sonst noch vorweisen muss und auf welche Weise das Festival ihn finden will:

Kultur Seite 23

## Guterres eröffnet Sicherheitskonferenz in München

**MÜNCHEN** (red) In München ist die Sicherheitskonferenz angelaufen, auf der sich bis Sonntag global führende Politikerinnen und Politiker über die Weltpolitik austauschen. Im Zentrum der Gespräche stehen der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die weitere Entwicklung im Nahen Osten. Zur 60. Münchner Sicherheitskonferenz sind rund 50 Staats- und Regierungschefs sowie mehr als 100 Minister aus aller Welt angereist.

Themen des Tages Seite 7

# Polizei ermittelt weiterhin wegen Bauern-Blockaden

Am Wochenende wollen erneut Landwirte in der Region protestieren. Vor allem in der Eifel kann es dadurch zu Behinderungen kommen.

VON BERND WIENTJES

**TRIER** Erneut wird am Wochenende mit Protesten von Landwirten in der Region gerechnet. Die Polizei geht davon aus, dass es vor allem rund um Bitburg, wo am Samstag der Bundesparteitag der Freien Wähler stattfindet, zu Behinderungen durch Traktoren und LKW kommen wird. Angemeldet sind demnach zwei Versammlungen in der Stadt. Die Teilnehmer haben angekündigt, in Kolonnen von verschiedenen Punkten aus nach Bitburg zu fahren – unter anderem auch über die B51 von Helenenberg (Trier-Saarburg).

Seit Wochen protestieren Landwirte in der Region gegen die Ag-

rarpolitik der Bundesregierung und der EU. Ende Januar blockierten Bauern im morgendlichen Berufsverkehr unter anderem Grenzübergänge nach Luxemburg und auch Autobahnauffahrten. Die Protesten waren nicht angemeldet. Die Polizei leitete daraufhin mehrere Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer der Blockaden ein, unter anderem wegen Verstößen nach dem Versammlungsgesetz, Nötigung und gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr. Zudem gebe es Ordnungswidrigkeitenanzeigen im „unteren zweistelligen Bereich“.

Die Ermittlungen dauerten weiter an, teilte ein Polizeisprecher am Freitag auf Anfrage unserer Redaktion mit. Von einer zunehmenden

Radikalisierung der Landwirte in der Region gehe man derzeit nicht aus.

Am Mittwoch kam es im baden-württembergischen Biberach zu aggressiven Protesten von Landwirten. Polizisten wurden verletzt, auf ein Begleitfahrzeug von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) wurde ein Stein geworfen. Die Grünen hatten ihr geplantes Aschermittwochtreffen in der Stadthalle in Biberach abgesagt. Sie begründeten dies mit Sicherheitsbedenken, weil sich einige der Demonstranten aggressiv verhalten hätten.

Nach den gewalttätigen Protesten fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein Verbot von Traktoren bei

Demonstrationen. Dieser Forderung schließt sich die rheinland-pfälzische Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Stefanie Loth nicht an. „Wir hatten in Rheinland-Pfalz zurückliegend zahlreiche Bauernproteste, mir sind aber keine solchen Ausmaße bekannt wie jetzt in Biberach“, sagte Loth unserer Redaktion.

Sie fordert ein einheitliches Versammlungsgesetz für Bund und Länder. „Das würde unsere Arbeit erleichtern.“ Des Weiteren müsse es ein bundesweit einheitliches Polizeigesetz geben. Es müsse zum Beispiel „landauf und landab“ einheitlich geregelt sein, wie lange eine Person in Gewahrsam genommen werden dürfe.

Begonnen hatten die Bauernproteste, nachdem die Bundesregierung angekündigt hat, die Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge und die Agrardieselsubvention zu streichen.

Nach Massendemonstrationen, unter anderem in Berlin, nahm der Bund die Streichung der Steuerbefreiung zurück und kündigte eine schrittweise Kürzung bei der Agrardiesels-Unterstützung an. Dem Bauernverband Rheinland-Nassau reicht das noch nicht aus.

Er fordert, die Kürzungen beim Agrardiesel komplett zu streichen ebenso wie „überzogene Auflagen“. Außerdem verlangt der Verband eine Entbürokratisierung der Landwirtschaft.